

## **8. Nur mit Wettbewerbsfähigkeit kein Unternehmens- und Höfesterben und Zukunft für bäuerliche Betriebe**

Vordergründig erscheint die deutsche Tierhaltung stark. Gesellschaft und Medien gehen regelmäßig von hohen Gewinnen aus. 27 Mrd. € Produktionswert, der rund zwei Dritteln der 4,6 Millionen Beschäftigten in der gesamten Lebensmittelwirtschaft den Arbeitsplatz – vor allem im ländlichen Raum – sichert, sind durchaus beeindruckend.

Auch die Produktionszahlen in Niedersachsen sind wirtschaftlich bedeutend. 35 Geflügelschlachtereien haben in 2013 826.000 Tonnen Geflügel geschlachtet und damit 56,7 % Anteil am deutschen Markt gehabt.

Für Deutschland betrug die Exportmenge 712.900 Tonnen, die Importmenge 798.100 Tonnen. Damit sind Angebot und Nachfrage nahezu ausgeglichen.

Es wird auch deutlich, dass es sich um einen globalen Markt handelt. Die aktuellen und im Geflügelbereich strittigen Verhandlungen um das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA sind nur ein weiterer Beleg dafür. Selbst China mit hohen Steigerungsraten im Eigenverbrauch von Geflügelfleisch plant, in 2014 450.000 Tonnen Hähnchenfleisch auszuführen.

Ein von der Landesregierung in Niedersachsen propagierter Verzicht auf Fleischexport würde die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Geflügelwirtschaft nachhaltig erschüttern und zusätzlichen Import auslösen. Rein regionale Erzeugung statt Export ist als politisches und ethisches Ziel fehlgerichtet. Regional und Export als gegenseitige Ergänzung hat sich im globalen Markt längst etabliert. Das ist sinnvoll, weil auch die Verzehrsgewohnheiten weltweit sehr unterschiedlich sind. Chinesen bevorzugen z.B. ganz andere Teile vom Huhn und Schwein als Deutsche. Gewonnene Exportanteile dürfen deshalb nicht gefährdet oder aufgegeben werden. Mit niedersächsischem Export ließe sich auch auf den Mehrwert „Tierwohl“ hinweisen. Umgekehrt ist bei Import davon auszugehen, dass Tierwohl am Weltmarkt bisher nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Ausländische tierische Lebensmittel haben ohne Tierschutzaufgaben Kosten- und Wettbewerbsvorteile am Markt. Nationale oder gar allein niedersächsische Alleingänge in Form einer Inflation neuer Tierschutzaufgaben führen zu Strukturbrüchen und einem Verlust von Marktanteilen und Arbeitsplätzen. Dafür gibt es in Schweden und Großbritannien aktuelle Beispiele. Alleingänge bei der Anhebung von Tierschutzstandards in der Schweinehaltung haben zu einem deutlichen Rückgang der Schweineproduktion geführt. Solche wirtschaftlichen Negativentwicklungen treten immer dann auf, wenn die Übergangszeit für Anpassungsmaßnahmen zu kurz ist und die neuen Auflagen nicht für alle Marktteilnehmer gelten. Sie treffen in aller Regel die kleinen Betriebe zuerst, d.h. wirtschaftlicher Druck führt zu weiter steigenden Betriebsgrößen.

Der NGW bittet den niedersächsischen Tierschutzminister, dies enger und realer in seinen Fokus zu nehmen. Beispielsweise ist der Stallfilter bei Geflügel zurzeit weder Stand der Technik, noch wirtschaftlich verhältnismäßig. Für einen 20.000er Legehennenstall würden Anschaffung und Betrieb den gesamten Erlös auffressen – und das bei heute noch nicht sicherer Filterwirkung.

Im Grundsatz teilt der NGW die Ziele des Ministers, zu mehr Tier- und Ressourcenschutz zu kommen. Der Weg zu diesen Zielen muss aber real begehbar sein und auch nach Europa und in die Welt führen. Will sagen: die Fakten und Grundlagen so schnell wie möglich erarbeiten und auf dieser Basis Standards festlegen, die einheitlich in Europa und mittelfristig sogar weltweit gelten müssen. Auch bei den laufenden TTIP-Verhandlungen muss dies von Deutschland aktiv und fordernd eingebracht werden. Die gegenwärtige Markt- und Wirtschaftsentwicklung sieht im Geflügelbereich ganz anders aus.

Unser Selbstversorgungsgrad bei Eiern ist schon auf 70 % gesunken und immer mehr Eier für den Verarbeitungsbereich kommen aus Holland oder aus Polen und Spanien. In Polen und Spanien sitzen noch immer rund 80 % der Legehennen in EU-Käfigen. Und das in einer Phase, wo der NGW zusammen mit der Wissenschaft in Niedersachsen versucht, die Haltungsbedingungen noch tiergerechter zu gestalten, um in absehbarer Zeit auf die vor Kannibalismus schützende Schnabelbehandlung zu verzichten. Wer die Legehennen noch in EU-Käfigen hält, braucht sich über derartige Fragen keine Gedanken zu machen und spart deutlich Kosten.

Wenn Dänemark jüngst stolz verkündet, man würde ab 01.07.2014 auf die Schnabelbehandlung bei Legehennen verzichten, muss man wissen, dass dies durch Verdunkelung der Ställe und vielfach noch in EU-ausgestalteten Käfigen erreicht wird. Bodenhaltung oder gar Freilandhaltung, wie bei uns üblich, sind dort selten.

In den USA feiert man gerade die 50jährige Eierproduktion und ihre Nachhaltigkeit in Form von 50-prozentiger Reduzierung des Futter- und Wasserverbrauchs und einer enormen Steigerung der Legeleistung. Mit Kannibalismus hat man dort ebenfalls keine Probleme. Die Hennen stehen mehrheitlich in Käfigen.

Im relativ jungen EU-Mitgliedsland Polen sind Stallneubauten gewollt und werden mit bis zu 60 % Zuschüssen aus EU-Mitteln gefördert. In Niedersachsen dagegen ist der Stallneubau durch die letzte Novelle des Bundesbaurechts - auch in vieharmen Landkreisen - drastisch erschwert worden und praktisch zum Erliegen gekommen. Das trifft auch unsere Stallausrüster massiv.

In den Niederlanden gibt es zum Ausstieg aus der Schnabelbehandlung bei Legehennen einen Gesetzentwurf, der als Ausstiegstermin September 2018 vorsieht. Diese Frist ist über eineinhalb Jahre länger als die für Niedersachsen vorgesehene und die Niederländer sind am Eiermarkt unsere stärksten Mitbewerber.

Die Beispiele zeigen, dass die niedersächsische und deutsche Geflügelwirtschaft nicht allein auf der Welt ist und dem harten globalen Wettbewerb unterliegt. Ethische Ansprüche spielen im Weltmarkt keine vordergründige Rolle. Die Beispiele sollen nicht dazu dienen, die eigenen Ansprüche an mehr Tierwohl in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Für den NGW sind sie Ansporn, im

Tierwohl Vorreiter zu sein und diesen Mehrwert der heimischen Produkte herauszustellen und sobald als möglich auch zu bewerben.

Die Beispiele sind aber geeignet, der niedersächsischen Landesregierung klar zu machen, dass vorschnelles, ideologisch begründetes Handeln den Verlust von Marktanteilen und vielen Arbeitsplätzen im ländlichen Raum zur Folge haben würde. Dagegen wendet sich der NGW entschieden!